

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 15.09.2009**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Vertreter für Herrn Robert Bonan
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Katja Raab	FDP	Vertreter für Herrn Manfred Schuster
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Jan Zwakhoven	Verw.	
Herr Rainer von Nievenheim	Verw	
Herr Dr. Wilhelms	Verw	
Herr Steffen Heinritz	Verw	
Frau Sylke Bühler	Verw	

### **Gäste**

Seniorenvertretung  
Herr Norwin Dorn

Liga  
Herr Sven Weise

Frau Sylvia Tempel  
Geschäftsführerin ARGE SGB II Halle GmbH

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Robert Bonan	parteilos	vertreten durch Herrn Klaus Hopfgarten
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	vertreten durch Frau Katja Raab

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Bestellung eines Protokollführers und eines Stellvertreters  
Vorlage: V/2009/08177
  - 4.2. Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung  
Vorlage: IV/2009/07886
  - 4.3. Familienberichterstattung - 1. Teilbericht Kinderarmut  
Vorlage: IV/2009/07932
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)  
Vorlage: IV/2009/08044
  - 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut  
Vorlage: IV/2009/08014
  - 5.3. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut (Vorlage Nr. IV/2009/08014)  
Vorlage: IV/2009/08049
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
  - 6.1. Anfrage der CDU-Fraktion zur "Schweinegrippe"  
Vorlage: V/2009/08169
  - 6.2. Anfrage der CDU-Fraktion zu Kinderlähmung und Spätfolgen  
Vorlage: V/2009/08170
7. Mitteilungen
  - 7.1. Informationen zum Stand SGB II
  - 7.2. Informationen zum Konjunkturprogramm II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und bittet jeden um eine kurze Vorstellung, da ab heute einige neue Mitglieder im Ausschuss sind.

### **Abstimmungsergebnis:**

Absetzung des TOP 4.3. und Vertagung der TOP 5.1, 5.2 und 5.3

Einstimmig beschlossen.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

Zur Ordnungsmäßigkeit der Einladung sagt Frau Wolff, dass sie die unter TOP 4.3. genannte Vorlage nicht im Session gefunden hat. Herr Schachtschneider als neues Ausschussmitglied hat die Vorlage spät erhalten, so dass eine Durchsicht nicht möglich war. Diese Vorlage ist aber für die unter TOP 5. genannten Anträge wichtig. Frau Wolff und Herr Schachtschneider stellen den Antrag, die Vorlage und die Anträge von der Tagesordnung zu nehmen.

Die Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass heute der TOP 4.2. – Gemeinsame Förderrichtlinie – in erster Lesung behandelt werden soll. Dieser TOP wird in die Tagesordnung für die Sitzung am 8.10.09 erneut aufgenommen zur Abstimmung.

Die Tagesordnung wird nach Abstimmung mit diesen Änderungen bestätigt.

## **zu 3 Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden**

Frau Haupt bittet um Vorschläge zur Wahl eines/einer Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

Herr Hopfgarten schlägt Frau Hanna Haupt vor.

Frau Wolff schlägt Frau Krausbeck vor, da auch eine kleinere Fraktion beteiligt werden sollte.

Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob es eine offene Abstimmung geben soll. Dies wird von den Mitgliedern bestätigt.

Die Ausschussvorsitzende bittet zuerst um Abstimmung für Frau Hanna Haupt, danach um Abstimmung für Frau Krausbeck.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### **Abstimmung zu Frau Hanna Haupt**

Ja 9

Nein -

Enthaltungen 2

Einstimmig zugestimmt

#### Abstimmung zu Frau Krausbeck

Ja 1  
Nein 8  
Enthaltungen 2  
Nicht zugestimmt

#### **Beschluss:**

Frau Hanna Haupt wird einstimmig zur Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

#### **zu 4 Beschlussvorlagen**

##### **zu 4.1 Bestellung eines Protokollführers und eines Stellvertreters Vorlage: V/2009/08177**

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung zur Bestellung eines Protokollführers und eines Stellvertreters.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 11  
Nein -  
Enthaltungen -

Einstimmig zugestimmt.

#### **Beschluss:**

Frau Martina Kerner wird zur Protokollführerin und Frau Sarah Müller zur stellvertretenden Protokollführerin des Ausschusses bestellt.

##### **zu 4.2 Gemeinsame Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) für die Bereiche: Kultur, Sport, Jugendhilfe, Soziales und Gleichstellung Vorlage: IV/2009/07886**

Die Ausschussvorsitzende bittet Herrn Kogge um einführende Worte.

Herr Kogge erläutert die Notwendigkeit der gemeinsamen Förderrichtlinie der Stadt Halle. An der Erarbeitung waren alle Dezernate in einer Arbeitsgruppe unter der Leitung der Stabsstelle Strategische Steuerungsunterstützung/Haushaltskonsolidierung beteiligt, so dass in allen Dezernaten bekannt ist, was in den anderen auf der Fördermittelstrecke vorliegt.

Herr von Nievenheim von der Stabsstelle Strategische Steuerungsunterstützung/Haushaltskonsolidierung ergänzt, dass alle bisher gültigen Förderrichtlinien Eingang in die gemeinsame Richtlinie gefunden haben. Er hebt bei seinen Ausführungen hervor, dass sie nicht der Geldeinsparung dient.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, Fragen zu stellen.

Frau Wolff fragt, ob jeder Punkt einzeln durchgegangen wird. Die Ausschussvorsitzende bejaht diese Frage. Es soll allen die Möglichkeit gegeben werden, zu den einzelnen Punkten etwas zu sagen.

#### § 1 Grundsätze

Herr Müller sagt, Abs. 1 Satz 2 sollte gestrichen werden.

#### § 2 Bereiche/Zuwendungszweck

Herr Dr. Bartsch möchte Abs. 2 1. Satz völlig streichen. Stadtteilstädte sollten nicht gefördert werden.

Herr Kogge antwortet, dass diese Sätze in den jetzigen Richtlinien auch stehen.

Frau Hanna Haupt sagt, dass für bestimmte Feste im besonderen Interesse der Stadt eine Förderung über die Jugendförderung möglich sei.

Herr Schachtschneider schließt sich der Meinung an, dass Feste nicht zu fördern seien.

Frau Wolff stellt den Antrag, im § 2 Abs. 1 das Wort „möglichst“ durch das Wort „auch“ zu ersetzen.

#### § 3 Antragsteller/Zuwendungsempfänger

Frau Wolff fragt nach dem Begriff „im Interesse der Stadt“, wie ist er zu verstehen?

Herr Kogge antwortet, dass dies der Stadtrat entscheidet, orientiert an den städtischen Zielen.

Herr Dr. Bartsch fragt, ob nur Vereine und keine Gruppen und Verbände die Gemeinnützigkeit nachweisen müssen.

Herr von Nivernheim antwortet, dass es ein Problem bei Einzelpersonen gibt. Bei Gemeinnützigkeit müssen die Vereine keine Steuern zahlen für die Einnahmen aus Fördermitteln.

Frau Wolff bittet im Abs. 3 S. 2 nach dem Wort „Verwaltungsorgan“ das Wort „als“ durch die Worte „im Rahmen“ zu ersetzen.

#### § 4 Form und Arten

Die Ausschussvorsitzende verweist auf Punkt 3, dass es sich hier bisher um 400 Euro gehandelt hat.

Herr Kogge macht den Vorschlag, eine Art „Erläuterungen“ zu den Punkten in die Richtlinie aufzunehmen, damit sie verständlicher würde.

#### § 5 Zuwendungsfähige Ausgaben                      keine Fragen

#### § 6 Unterlagen

Frau Wolff bittet die Verwaltung, sich dem Problem des festen Termins für alle anzunehmen.

Herr Kogge erläutert, wie die Verwaltung auf das Datum 30.6. kam. Im Rahmen der Haushaltplanung sei ein späterer Termin nicht mehr möglich. So ist Zeit, über die Anträge zu diskutieren und zu entscheiden.

Die Ausschussvorsitzende fragt Herrn Weise, wie er die Richtlinie sehe. Herr Weise stimmt Herrn Kogge zu, dass die Antragstellung terminlich nach vorn gezogen werden muss, da sonst die Träger zu lange auf die Zuwendungen warten müssen.

Frau Wolff meint, dass damit das Problem nicht gelöst wäre, da der Haushalt ja nicht genehmigt sei und die Träger trotzdem warten müssen.

Herr Schachtschneider bittet den Termin um einen Monat zu verschieben, da im Sommer der Stadtrat nicht tagt und somit genügend Zeit wäre.

Frau Hanna Haupt berichtet aus anderen Ausschüssen, dass dort z. B. der Termin nicht vor Oktober liegen kann.

Herr Hildebrandt stimmt zu, dass es einen festen Stichtag für alle geben muss.

Herr Kogge fasst aus der Diskussion zusammen, dass die bisher sehr unterschiedliche Ausreichung der Fördermittel geändert werden muss. Anfang des Jahres muss ein Bescheid vorliegen, damit die Vereine wissen, ob und wann sie mit welchen Mitteln rechnen können.

#### § 7 Veränderungen/Mitteilungspflicht des Zuwendungsempfängers

keine

Fragen

#### § 8 Voraussetzungen

Frau Wolff möchte im Punkt 4 die 15 Prozent auf 10 Prozent geändert haben.

Herr Dr. Bartsch fragt, wieso man nachweisen muss, dass man antragsberechtigt ist?

Herr Zwakhoven sagt, dass bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

#### § 9 Höhe

Frau Wolff stellt den Antrag, im Abs. 2 die 85 Prozent auf 90 Prozent zu erhöhen.

#### § 10 Entscheidung

Frau Krausbeck fragt, was in Abs. 1 das Verwaltungsorgan ist?

Herr Kogge antwortet, dass er die Anregung aufnimmt, hier deutlicher zu formulieren.

Frau Wolff fragt nach der 2. Lesung.

Herr Kogge informiert, dass zur 2. Lesung eine Synopse vorgelegt wird mit den genannten Anregungen.

#### § 11 Auszahlung

keine Fragen

#### § 12 Frauen- und Gleichstellungsprojekte

Frau Wildner erläutert, dass die einzelnen Bereiche 1 : 1 aus der gültigen Richtlinie übernommen wurden.

#### § 13 Besondere Voraussetzungen für Zuwendungsempfänger für Frauen- und Gleichstellungsprojekte

Frau Wolff bittet nach sind das Wort „ausschließlich“ einzufügen.

Frau Wildner findet diese Einschränkung nicht sinnvoll und unterstützt sie nicht.

Herr Kogge sagt, dass natürlich eine gewisse Kontrolle bestehen muss, um den Kreis der Zuwendungsempfänger einzuschränken.

Frau Wildner ergänzt, dass dies dem § 2 (1) widersprechen würde.

Frau Tomczyk-Radji ist nicht für das Wort „ausschließlich“. Sie fragt nach der tatsächlichen Durchsetzung des § 13, wie wird das kontrolliert?

Frau Wildner antwortet, dass es sich hier um die Wiederholung der Formulierung aus dem Grundgesetz handelt.

§ 16 Spezielle Regelungen für die Förderung von freiwilligen  
Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit

Frau Hanna Haupt fragt, warum werden Satz 1 und 3 nicht zusammengefasst?

Frau Krausbeck fragt, wo sind die Schuldnerberatungsstellen?

Herr Kogge teilt mit, dass dies korrigiert wird.

§ 18 Verwendungsnachweis keine Fragen

§ 19 Rückzahlung keine Fragen

Herr Kogge sagt, wenn Träger von anderer Seite Gelder erhalten, können sie sofort bzw. spätestens aber bei der Abrechnung der Fördergelder dies melden, nicht aber erst nach drei Jahren.

§ 20 Ausnahmen keine Fragen

§ 21 Übergangsregelungen keine Fragen

§ 22 Inkrafttreten keine Fragen

**zu 4.3 Familienberichterstattung - 1. Teilbericht Kinderarmut  
Vorlage: IV/2009/07932**

Von der Tagesordnung genommen.

Frau Krausbeck sagt, dass nach diesem 1. Teil noch andere Teile folgen sollten.

Herr Kogge informiert, dass der 2. Teilbericht Bildung bereits vorliegt. Folgen werden Ende September der Teilbericht Senioren. Als nächster Teil wird dann der Bericht Armut und Migranten im Jahr 2010 vorliegen.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

**zu 5.1 Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion  
DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut  
(Vorlage Nr. IV/2009/08014)  
Vorlage: IV/2009/08044**

Der Antrag wurde vertagt.

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie  
gegen Kinderarmut  
Vorlage: IV/2009/08014**

Der Antrag wurde vertagt.

**zu 5.3 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion  
DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Strategie gegen Kinderarmut  
(Vorlage Nr. IV/2009/08014)  
Vorlage: IV/2009/08049**

Der Antrag wurde vertagt.

## **zu 6        schriftliche Anfragen von Stadträten**

### **zu 6.1      Anfrage der CDU-Fraktion zur "Schweinegrippe" Vorlage: V/2009/08169**

Die Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Dr. Wilhelms das Wort.

Herr Dr. Wilhelms erläutert die vorliegende Antwort. Die Zahlen sprechen für eine gewisse Verbreitung, jedoch ist nicht zu ersehen, wie viel zurzeit erkrankt sind. In der 43. KW steht der Impfstoff zur Verfügung und wird portionsweise ausgeliefert an die impfenden Ärzte (Hausärzte), das sind 153 Ärzte zuzüglich der Betriebsärzte. Kosten treffen die Stadt nicht, die Abrechnung durch die Ärzte erfolgt über die Kassenärztliche Vereinigung. Nicht klar ist, wie die Impfungen angenommen werden. Jeder sollte geimpft werden, der es will. Die Situation sollte mit gewisser Entspannung gesehen werden.

Frau Tomczyk-Radji findet die Anmerkungen von Herrn Dr. Wilhelms sehr beruhigend. Wie sollten jetzt die Umgangsformen sein, z. B. Händeschütteln? An einem Lebensmittelmarkt würden Hygienetücher zum Abwischen der Einkaufswagen kostenlos zur Verfügung gestellt. Herr Dr. Wilhelms sagt, dass die Grippe zwar extrem gut übertragbar sei, der krank machende Faktor ist jedoch niedrig. Ausreichend sind allgemeine Hygienemaßnahmen, wie mehrfaches Händewaschen am Tag. Das Abwischen von Einkaufswagen hält Herr Dr. Wilhelms für etwas übertrieben, man kann es machen, aber woanders wäre es sinnvoller, z. B. an den Toilettentüren.

### **zu 6.2      Anfrage der CDU-Fraktion zu Kinderlähmung und Spätfolgen Vorlage: V/2009/08170**

Herr Dr. Wilhelms erläutert die schriftlich vorliegende Antwort.

## **zu 7        Mitteilungen**

### **zu 7.1      Informationen zum Stand SGB II**

Die Ausschussvorsitzende informiert besonders die neuen Mitglieder, dass dieser TOP ein Standard-TOP im Ausschuss ist. Sie erteilt Frau Tempel das Wort.

Frau Tempel erläutert die Statistik. Sie sagt, dass die Krise in der ARGE nicht wirklich angekommen sei. Es gibt nur einen leichten Anstieg. Die aktuelle Statistik wird dem Protokoll beigelegt.

Frau Tempel informiert, dass immer noch Azubis gesucht werden, aber die Bewerber nicht die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen. Die Umsetzung des Arbeitsmarktprogramms läuft in diesem Jahr sehr gut.

Herr Kogge ergänzt zum SGB II, dass mit der BA ein Beirat gegründet wurde. Über diesen Beirat wird Herr Kogge im Ausschuss noch informieren.

Frau Tempel bedauert, dass die ARGE in diesen Beirat nicht mit einbezogen wurde.

### **zu 7.2      Informationen zum Konjunkturprogramm II**

Herr Kogge gibt eine kurze Information über den Stand des Konjunkturprogrammes und geht besonders auf die Teil ein, die sein Dezernat betreffen, wie die Förderung von Schulen und der Sportstätten.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Tomczyk-Radji richtet an Frau Tempel die Frage nach Existenzgründungen und bittet um Bereitstellung von Zahlen, wie viel es gibt, wie viel aufgegeben haben und wie viel erfolgreich sind. Frau Tempel reicht diese Zahlen nach. Die ARGE unterstützt die Gründungswünsche, Sachmittel werden zur Verfügung gestellt. Einstiegsgeld wird zwei Jahre gewährt. Das Thema Selbständige ist umstritten im SGB-II-Bereich. In der Sozialhilfe war der Zeitraum der Förderung noch begrenzt.

Herr Dr. Yousif fragt nach dem Stand der Vergabe der Fördermittel. Haben alle ihre Fördermittel erhalten, die beschlossen wurden?

Frau Winter antwortet, dass eine Freigabe mit 80 % erwirkt wurde, die restlichen 20 % sind beantragt und werden nach Freigabe ausgereicht.

Frau Krausbeck fragt nach der neuen KdU-Richtlinie. Die Ausschussvorsitzende informiert, dass hierzu im nicht öffentlichen Teil gesprochen wird.

## **zu 9 Anregungen**

Die Ausschussvorsitzende hat folgende Anregungen:

Früher gab es einen eigenen Gleichstellungsausschuss. Nun gibt es die Möglichkeit für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, einen Unterausschuss zu bilden. Die Ausschussvorsitzende fragt die Ausschussmitglieder, ob dies von ihnen gewünscht wird.

Die Ausschussvorsitzende regt weiterhin an, Beratungen bei den Trägern stattfinden zu lassen. Vor Ort kann man sich besser über die Arbeit der Vereine und Verbände informieren. Konkret nennt sie das Beispiel der Caritas in der Silberhöhe. Auf der anderen Seite besteht auch die Möglichkeit, Vereine mit in den Ausschuss einzuladen, um hier ihre Arbeit vorzustellen und zu berichten.

Frau Tomczyk-Radji hat die Anregung, mit dem Ausschuss eine innerstädtische Runde zu drehen, um zu sehen, wie behindertengerecht die Stadt Halle ist. Es gibt erhebliche Einschränkungen für Behinderte.

Zum Zweiten bittet sie um Beteiligung der Stadt am Xenos-Projekt (Unkenntnis über Fremde).

Die Ausschussvorsitzende richtet die Frage nach diesem Projekt an Frau Schneutzer.

Frau Schneutzer teilt mit, dass es ein neues Xenos-Projekt auf Landesebene gibt, Projektname: Interkulturelle Sensibilisierung in der Gesundheits-, Kranken- und Altenpflege. Am 1. Oktober findet die Auftaktveranstaltung statt (siehe Flyer). Die Beauftragte für Migration und Integration hat einen Rundbrief zur Information und Einladung an alle Alten- und Pflegeheime in Absprache mit Frau Riethmüller (Seniorenberatung) in der Stadt Halle gesandt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.10.09

---

Kerner, Protokollführerin